

Auf den Punkt. Braunkohle

Dreckig: Die Braunkohlekraftwerke sind Drecksschleudern und Klimakiller zugleich. Die Kosten für Gesundheit und Umwelt tauchen nicht auf der Stromrechnung auf, sondern werden auf den Steuerzahler abgewälzt. Vattenfall zahlt keine Förderabgabe, nur geringe Gebühren für das Abpumpen des Grundwassers, ist von den Umlagekosten für Erneuerbare Energien befreit und kann die Emissionshandelszertifikate viel zu preiswert erwerben. Die Braunfärbung der Spree als Folge der Flutung von stillgelegten Tagebaulöchern, zeigt die wahren Kosten, die noch unser Enkel belasten werden. Es ist fraglich, ob Vattenfall für die Behebung der Schäden ausreichende Rücklagen bildet.

Zerstörerisch: Enteignung und Umsiedlung im Namen der Braunkohle sind überflüssig und sollten in Brandenburg endlich beendet werden. Vattenfall plant mit Unterstützung der Landesregierung noch vier weitere neue Tagebaue und einen Ersatzneubau für das Kraftwerk Jämschwalde, der mit CCS-Technologie ausgestattet noch weit über das Jahr 2050 hinaus betrieben werden soll.

Unflexibel: Die Schwankende Einspeisung aus Wind und Sonne allein ist noch nicht genug für eine verlässliche Stromversorgung. Doch die Braunkohlekraftwerke sind nicht flexibel genug, um die schwankende Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien ausgleichen zu können. Wenn viel Strom aus erneuerbaren Energien zur Verfügung steht, können die Kraftwerke nur teilweise gedrosselt werden. Dann verstopft der nicht abgeregelte Braunkohlenstrom die Netze und behindert die Einspeisung von erneuerbaren Energien.

Die versteckten Umwelt- und Gesundheitskosten der Braunkohle sind ein zu hoher Preis. Die Zerstörung der Landschaft und die Belastung der Spree und des Trinkwassers mit Sulfat und Eisenoxyd lassen sich auch mit hohem Aufwand begrenzen. Die NGO Heal hat berechnet, dass in Deutschland jährlich 2.700 Menschen durch die Emissionen von Kohlekraftwerken frühzeitig sterben müssen und Kosten von mindestens 2,3 Mrd. Euro entstehen.

Braunkohle setzt bei der Verbrennung doppelt so viel klimaschädliches CO₂ frei wie Erdgas. Mit über 26 Tonnen Treibhausgasemissionen pro Kopf ist Brandenburg Schlusslicht in Deutschland. Selbst der durchschnittliche Amerikaner emittiert weniger! Seit 1995 bewegen sich die Emissionen auf etwa dem gleichen Niveau, obwohl die sehr viele Erneuerbare Energien Anlagen gebaut wurden. In dieser Legislatur sind sie jedes Jahr angestiegen.

In den brandenburgischen Tagebauen arbeiteten 2010 ca. 4.200 Menschen, weitere 2.000 in Kraftwerken und in der Verwaltung. Auch nach dem Ende der Braunkohle in ca. 15 Jahren werden davon viele weiter zur Renaturierung und für Verwaltungsaufgaben benötigt. Das schlechte Image der Lausitz hält Unternehmen und Fachkräfte außerhalb der Kohleindustrie davon ab, sich in der Region niederzulassen oder zu investieren. Ein Plan zur Beendigung der Braunkohleverstromung kann dies ändern.

Das will die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1. Keine neuen Braunkohletagebaue, keine weiteren Enteignungen und Umsiedlungen für die Braunkohle. Beendigung der Braunkohleverstromung nach Ausbeutung der vorhandenen Gruben.
2. Einen Wirtschaftsplan für die Zukunft der Lausitz, um bis zum Ende der Braunkohle nach 2030 den Umbau der Wirtschaft sozial verträglich gestalten zu können. Investitionen in neue, nachhaltige Arbeitsplätze in der Lausitz müssen jetzt beginnen.
3. Den Steuerzahler von Umweltkosten entlasten. Vattenfall als Verursacher muss höhere Rücklagen für die Renaturierung bilden, Feinstaub und Quecksilberemissionen reduzieren und höhere Abgaben für die Wassernutzung zahlen. Außerdem setzen wir uns für einen angemessenen Mindestpreis im EU-Emissionshandel ein.
4. Mit dem Ende der Braunkohle darf die Sicherheit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung nicht gefährdet werden. Deshalb müssen auch Investitionen in neue Erdgas-Regelkraftwerke geprüft werden, wenn eine 100%ige Versorgung aus Erneuerbaren Energien bis 2030 nicht sichergestellt werden kann.

SIE HABEN NOCH FRAGEN?

Sabine Niels, MdL
sabine.niels@gruene-fraktion.brandenburg.de

Dietrich von Tengg-Kobligk (Fachreferent)
Tel.: (0331) 966 1721
E-Mail: dietrich.tengg-kobligk@gruene-fraktion.brandenburg.de